

Renaissance des Nationalismus

In einer Artikelreihe vom Jahr 1960, die damals heftig diskutiert wurde, nannte Karl Jaspers den Nationalstaatsgedanken „das Unheil Europas“ und „die heute übermächtige zerstörende Kraft der Erde“. Die „einzige Möglichkeit der Selbstbehauptung in politischer Freiheit“ sei heute Europa, nicht mehr die unbeschränkte Souveränität der Nationalstaaten.

Diese Formulierungen gaben eine Überzeugung wieder, die bis weit in die sechziger Jahre hinein zumindest in der Bundesrepublik ungebrochen war. In der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs sah man die Folge einer Politik, die die Nation zum obersten Wert erklärt und ihren vermeintlichen Interessen alles untergeordnet hatte. Die Einigung Europas sollte nun die Gegensätze zwischen den Staaten definitiv überbrücken und jedem ungezügelter Machtstreben ein Ende setzen. Die Einbindung in eine europäische Gemeinschaft schien die sicherste Gewähr dafür zu bieten, daß kein Staat mehr durch Alleingänge das friedliche Zusammenleben aller in Gefahr brachte. Das Ergebnis dieser Politik waren die Verträge über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft (1957).

Diese europäischen Institutionen brachten ein grundlegend neues Element in die internationale Politik. Erstmals wurde hier durch zwischenstaatliche Verträge die Souveränität der Einzelstaaten zugunsten einer überstaatlichen Gemeinschaft eingeschränkt. Das Prinzip des reinen Nationalstaats mit unbegrenzter Souveränität hatte sich seit der Französischen Revolution Schritt für Schritt durchgesetzt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es als allgemein gültiger Legitimitätsgrundsatz der zu schaffenden internationalen Ordnung proklamiert – ungeachtet der fast unlösbaren Probleme, die überall dort auftauchten, wo die Volks- und Sprachgrenzen mit den Staatsgrenzen nicht übereinstimmten, wie vor allem in Osteuropa. Der Völkerbund beruhte auf der uneingeschränkten Anerkennung des souveränen Nationalstaats, in derselben Weise wie heute die Vereinten Nationen. Der weltweite Siegeszug des Nationalstaatsprinzips wurde außerhalb Westeuropas auch durch den Zweiten Weltkrieg nicht aufgehalten, wie es sich bis heute am Beispiel der Länder der Dritten Welt beobachten läßt. Die Europäische Gemeinschaft blieb die große Ausnahme.

Doch zeigte sich im Lauf der Jahre auch in Europa, wie schwer es den einzelnen Staaten fällt, auf Teile ihrer Souveränität zu verzichten und diese überstaatlichen Organen zu übertragen. Ein erster Rückschlag war die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch Frankreich im Jahr 1954. Bis heute hat die wirtschaftliche Integration entgegen den ursprünglichen Erwartungen keine politi-

sche Einigung nach sich gezogen. Von einem europäischen Bundesstaat, wie er vielen Verfechtern des Europagedankens vorschwebte, ist schon lange keine Rede mehr. In der EG spielen Konflikte zwischen den Staaten der Gemeinschaft eine immer gewichtigere Rolle. Diese Konflikte werden nicht mit den Verfahren beigelegt, die in den Strukturen der Gemeinschaft vorgesehen sind. Man greift vielmehr auf die klassischen Mittel der Diplomatie zurück. Unter den Institutionen der EG hat inzwischen der Ministerrat eindeutig das Übergewicht – eine ausgesprochene Renationalisierung der Entscheidungsprozesse.

Auch an den Deutschen geht dieses Erstarken des Nationalen nicht spurlos vorüber. In der Bundesrepublik hatte die Begeisterung für Europa die höchsten Wellen geschlagen. Die Abkehr vom Nationalismus war hier so radikal wie nirgendwo, ganz anders als in der DDR, die schon bald auf das deutsche Nationalbewußtsein setzte und es offenbar samt seiner Geschichte ganz für sich vereinnahmen möchte. Im Zug der Friedens- und Abrüstungsdiskussion scheint sich nun in der Bundesrepublik eine Umorientierung anzubahnen. Ein wachsendes Mißtrauen gegenüber dem westlichen Bündnissystem und dem westlichen Sicherheitskonzept, die Forderung nach einem Rückzug aus internationalen Verpflichtungen, die Meinung, die Deutschen könnten, ja müßten eine eigenständige, von Ost und West unabhängige Politik treiben und ihre nationale Frage selbst lösen, das alles sind Zeichen einer neuen nationalen Welle, die diesmal von der linken Seite des politischen Spektrums kommt, im auffallenden Unterschied zu den nationalen Bewegungen etwa in der Weimarer Republik.

Jede Nation hat ein Recht „auf Existenz, auf Freiheit, auf Unabhängigkeit, auf eine eigene Kultur und auf eine echte Entwicklung“, wie es Johannes Paul II. im Blick auf Polen einmal formulierte. Man verstünde freilich den Papst falsch, wenn man aus einer solchen Aussage das Recht auf eine Machtpolitik herausläse, die nur die vorgeblichen nationalen Interessen kennt und sich ohne Rücksicht auf die Rechte anderer zu behaupten sucht. Gerade die jüngere deutsche Geschichte hat gezeigt, welche verheerenden Wirkungen jeder Versuch einer unabhängigen deutschen Nationalpolitik hat, vor allem wenn damit jene selbstgerechte Überheblichkeit verbunden ist, die in der Vergangenheit soviel Unheil anrichtete und die heute wieder aufzutauchen scheint.

Die Worte des Papstes machen vielmehr deutlich, wo die unersetzbare Rolle einer Nation und ihr Beitrag für die Gemeinschaft der Völker liegt: nicht in der Betonung der nationalen Souveränität und in der politischen Selbstbehauptung, sondern in dem Reichtum ihrer Tradition und ihrer Lebensform, also in den kulturellen Werten. Alle sollten sich auf diese Werte besinnen und jeder Versuchung eines nationalen Egoismus widerstehen. Es ist nicht zu sehen, auf welchem anderen Weg die Menschheit in Frieden und Freiheit leben könnte.

Wolfgang Seibel SJ